

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates zur Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist – Ratsdok. 17620/10 (EUCO 30/10), Anlage I –**

**hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) i. V. m. § 10 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäische Union**

**Herstellung des Einvernehmens bezüglich der Ergänzung von Artikel 136 AEUV zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verantwortlich gestalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16./17. Dezember 2010 wolle der Bundestag folgende EntschlieÙung zur Herstellung des Einvernehmens zwischen Bundesregierung und Bundestag annehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Europäische Rat im Oktober 2010 beschlossen, einen ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des gesamten Euro-Währungsgebietes einzurichten. Ein zuvor bereits etablierter Mechanismus (EFSF und EFSM) war auf Grundlage von Artikel 122 Absatz 2 AEUV (Hilfen für einzelne Staaten in außergewöhnlichen Situationen) für begrenzte Zeit vereinbart worden. Nunmehr soll ein für notwendig erachtetes Instrument dauerhaft die gesamte Union wirtschaftlich und finanziell stabilisieren. Für ein auf Dauer eingerichtetes Instrument reicht die Rechtsgrundlage in Artikel 122 Absatz 2 AEUV nicht aus.

Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat im Dezember 2010 beschlossen, Artikel 136 AEUV um einen Absatz 3 wie folgt zu ergänzen: „Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren“. Die Regelung zur Einrichtung des ESM soll im vereinfachten Vertragsänderungsverfahren

ren gemäß Artikel 48 Absatz 6 EUV erfolgen. Auf dem Europäischen Rat im März dieses Jahres soll die begrenzte Vertragsänderung vereinbart werden, die anschließend bis 2013 in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Es sind jedoch bereits auf dem Eurogruppen-Sondergipfel vom 11. März 2011 konkrete Entscheidungen zu erwarten, die die Etablierung und die Ausgestaltung des künftigen Stabilitätsmechanismus betreffen.

So soll der ESM ab 1. Januar 2013 als internationale Organisation auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrags der Eurogruppenmitglieder etabliert werden (ESM-Vertrag). Er soll einzelnen Euro-Staaten Finanzhilfen gewähren können, wenn dies für die Stabilität des Währungsgebietes insgesamt erforderlich ist.

Zu Sitzungen der Euro-Gruppe besteht nach § 5 Absatz 4 EUZBBG bislang lediglich die Verpflichtung der mündlichen Unterrichtung der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages. Im Rahmen der Euro-Gruppe werden aber, gemäß dem bisherigen Vorschlag, für die Erweiterung des Artikels 136 AEUV die maßgeblichen Entscheidungen in Bezug auf den künftigen ESM getroffen werden. Dies beeinflusst die Entscheidungskompetenz des Deutschen Bundestages für den Bundeshaushalt massiv.

Beim ESM handelt es sich um eine zentrale Frage der deutschen Politik. Bis zum Europäischen Rat am 24./25. März 2011 werden hier die Weichen gestellt sein. Es ist eine tiefe Missachtung des deutschen Parlaments, wenn sich bisher die Bundesregierung jeder Information über ihre Vorstellungen zur konkreten Ausgestaltung des ESM, zu den Verhandlungsprozessen zwischen den Partnern zu diesem Thema und zu möglichen Kompromisslinien verweigert hat.

Obwohl die Zeit bis zu den Entscheidungen auf Ratsebene sehr knapp ist, hat das deutsche Parlament keine fundierte Möglichkeit, über dieses Thema von zentraler Wichtigkeit zu beraten. Dieses Regierungsverhalten ist völlig inakzeptabel.

## II. Einvernehmensherstellung

Der Deutsche Bundestag erklärt nach § 10 Absatz 3 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) i. V. m. § 10 Absatz 1 und 2 EUZBBG sein Einvernehmen mit der vorgeschlagenen Vertragsänderung des Artikels 136 AEUV gemäß Artikel 48 Absatz 6 Unterabsatz 2 bzw. 3 des Vertrags über die Europäische Union.

Zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes ist die Schaffung eines permanenten Mechanismus ab 2013 notwendig aber nicht hinreichend. Zudem müssen nicht nur bei der Vertragsänderung, sondern auch bei der Etablierung des ESM und bei seiner künftigen Arbeit die bestehenden Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages nach GG, IntVG und EUZBBG gewährleistet und – wo nötig – Beteiligungsrechte erweitert werden.

III. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung gleichzeitig auf,

- sich bei den Verhandlungen über die weitere konkrete Ausgestaltung des ESM, über seine Zielsetzung, seine konkreten Wirkmöglichkeiten und seine Rechtsgrundlagen für die demokratische Legitimation durch eine angemessene kontinuierliche parlamentarische Beteiligung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments einzusetzen. Das bedeutet insbesondere, dass
  - a) für die Etablierung des permanenten Stabilitätsmechanismus anders als bei Einrichtung der EFSF ein Gesetz nach Artikel 59 Absatz 2 GG mit Zustimmung des Deutschen Bundestages zwingend notwendig ist,

- b) die Umsetzung der Vertragsänderung des AEUV in deutsches Recht nach Artikel 23 GG, also mit Beteiligung des Bundestages und Bundesrates zu erfolgen hat,
- c) das EUZBBG weiterentwickelt werden muss. Die bislang bestehende Verpflichtung zur mündlichen Unterrichtung der Ausschüsse des Deutschen Bundestages über Vorhaben und Entscheidungen der Euro-Gruppe ist nicht mehr ausreichend und muss auf eine umfassende schriftliche Unterrichtung ausgeweitet werden. Aus diesem Grund muss das EUZBBG angepasst werden, um dem Deutschen Bundestag die Wahrnehmung seiner Integrationsverantwortung in diesem sensiblen Bereich zu ermöglichen;
- bei Verhandlungen zur Einführung eines ESM jederzeit das Budgetrecht und die Haushaltsgrundsätze des Deutschen Bundestages zu wahren und zu achten, insbesondere auch bei informellen Beratungen zur Ausgestaltung des ESM. Im Lichte der Instrumente, die der Europäische Rat für den ESM vorschlagen wird, wird der Deutsche Bundestag parlamentarische Zustimmungserfordernisse je nach Notwendigkeit und Umfang ausgestalten und konkretisieren.

Berlin, den 22. Februar 2011

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**

